

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



«Wir haben unsere Identität zurückerobert und sagen laut, was wir denken». Wandgemälde von Danielle SeeWalker

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

AMERIKA

Widerstand in den USA

Als ich am Wochenende des 6. Juni im Zuge meiner Europareise mit Freundinnen und Freunden vom EBF über den Widerstand gegen Trumps autoritären Kurs sprach, sagte ich, dass ein Unterschied zwischen jetzt und seiner ersten Amtszeit darin bestehe, dass es 2017 Massenproteste gegeben habe und sich der Widerstand 2025 anders, stiller ausdrückt. Das stimmt nicht mehr!

Seit dem 8. Juni hat sich nämlich erheblicher Widerstand gegen Trumps Abschiebepolitik gebildet, der sich, während ich diese Zeilen schreibe, auf viele grosse und kleine Städte ausbreitet. Vieles von dem, was ich hier sage, wird daher, wenn Ihr diese Zeilen lest, bereits überholt sein. Am 14. Juni sind beispielsweise im ganzen Land 2.000 «No Kings»- Kundgebungen gegen Trumps riesige Militärparade zu seinem 79. Geburtstag und dem 250sten der Amerikanischen Armee geplant.¹ Trump hatte die Einwanderungsbehörde ICE² angewiesen, Festnahmen und Abschiebungen, insbesondere in den demokratisch regierten Metropolen Los Angeles, Chicago und New York auszuweiten. Die Beamten müssten «alles in ihrer Macht Stehende tun» für die «grösste Massenabschiebung in der Geschichte». Der Protest dagegen blieb nicht aus.

Einige der bisherigen Bewegungen, die den Kontext für das, was jetzt geschieht bilden, sind jedoch nach wie vor relevant für die Diskussion. Der aktuelle Widerstand steht im Zusammenhang mit drei grossen kollektiven Bewegungen der letzten Jahre.

Für die Freiheit der Schwarzen

Erstens die Black Lives Matter-Aufstände, die 2020 nach der Ermordung von George Floyd begannen. Diese waren Teil einer längeren Bewegung für das Leben und die Freiheit der Schwarzen. Damit wird ein Kampf fortgesetzt, der mit der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei begann und nun in zwei Forderungen weiterlebt: «Defund the police» Ein Slogan, der für die Umverteilung von Mitteln von Polizeibehörden auf nicht-polizeiliche Formen der öffentlichen Sicherheit

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

So, wie es auf dieser Welt zugeht, könnten wir mehrere Archipelnummern mit fürchterlichen Informationen füllen – doch wesentlich ist ja, dass es da und dort Widerstand gegen diesen Wahnsinn gibt. Menschen, die auf friedliche Art versuchen, andere Wege aufzuzeigen. Stimmen, die sich erheben. Mutige, die mit Aktionen Aufmerksamkeit erregen oder Waffentransporte verhindern. Der Protest wird immer lauter und – hoffentlich – effizienter!

In diesem Archipel findet Ihr eine Mischung aus erschütternden und ermutigenden Artikeln, sowie längere, mehr oder weniger philosophische Texte. Wir wünschen Euch eine gute Lektüre, vielleicht im Schatten eines Baumes.

Constanze Warta

und Gemeinschaftsunterstützung steht. Und «abolish prisons», also die Forderung nach der Abschaffung von Gefängnissen.

Abolitionistische Bewegungen haben inzwischen eine ausgeprägte antistaatliche Ausrichtung und orientieren sich an der gegenseitigen Hilfe, auch wenn sie sich grösstenteils nicht als anarchistisch bezeichnen.

An zweiter Stelle standen Menschen, die die Bedeutung der kollektiven Selbstbestimmung in Bezug auf den Ort betonten: indigene Landbewegungen und Bewegungen für Gerechtigkeit für Migranten. Proteste gegen bestimmte Rohstoffförderungsprojekte wie

die Dakota Access Pipeline sind Teil einer sehr langen antikolonialen Bewegung für die Selbstbestimmung der Indigenen, die sich in Form von Protesten und direkten Aktionen, aber auch in alltäglichen Lebenspraktiken manifestiert, die der US-Staat auslöschen wollte: indigene Zeremonien, Sprache und ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Land.

Antikolonial und antikapitalistisch

Bewegungen für Migrant:innenrechte sind in der einen oder anderen Form ebenfalls schon so lange aktiv, wie es die USA gibt. Auch wenn es den Anschein haben mag, dass Migrant:innen-Themen sich von denen der Indigenen unterscheiden oder ihnen sogar widersprechen, halte ich es für sinnvoll, die Widerstände gegen die Staaten als koloniale und kapitalistische Supermacht im eigenen Land als zwangsläufig miteinander verbunden zu betrachten. Die Kräfte, die die Grenze überwachen, sind dieselben, die versucht haben, die Indigenen dieses Kontinents zu vertreiben und auszulöschen, und dieselben, die die Sklaverei durchgesetzt haben. Viele indigene Völker Nordamerikas heissen Migrant:innen willkommen, und viele nach Nordamerika Immigrierte sind indigene Völker aus anderen Regionen. Auch diese Bewegungen sind nur manchmal explizit anarchistisch, obwohl sie generell gegen protektionistische Grenzregime sind, die den freien Kapitalverkehr ermöglichen, aber die Bewegungsfreiheit der Menschen einschränken. Sie haben auch zur Schaffung von «Zufluchtsstädten» und anderen lokalen Praktiken beigetragen, bei denen Menschen sicherere Zonen als Gegengewicht zu ICE und Grenzkontrollen geschaffen haben.

Solidarität mit den Palästinenser:innen

Drittens hat die Solidaritätsbewegung für Palästina seit der Verschärfung der israelischen Angriffe auf die Existenz Palästinas einen massenhaften Charakter angenommen, insbesondere an Universitäten, wo es viele studentische Camps gab, die einen Rückzug der Finanzmittel für die israelische Besatzung forderten. Die Palästinafrage ist ein polarisierendes Thema innerhalb der US-amerikanischen Linken. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern – wie bei den beiden anderen oben genannten Strömungen –, dass Trump zwar eine wesentliche Rolle bei der Verschärfung der Repression gegen alle diese Bewegungen gespielt hat, aber auch die Biden-Regierung eine stark auf Recht und Ordnung und polizeifreundliche Politik ausgerichtete Haltung einnahm. Auch sie stellte sich aggressiv gegen die Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung, praktizierte schreckliche Abschiebungspraktiken und unterstützte Israels Völkermordagenda unerschütterlich.

Umstrukturierung der US-Bundesregierung

Diese Massenbewegungen wurden sofort von der Trump-Regierung angegriffen. Ein

Unterschied zwischen seiner ersten und zweiten Amtszeit besteht darin, dass letztere viel bewusster organisiert ist. Obwohl Trump sich während seines Wahlkampfes davon distanzierte, folgt seine Regierung faktisch dem Plan, der in dem 900-seitigen «Projekt 2025» der konservativen «Denkfabrik» Heritage Foundation dargelegt ist; dabei handelt es sich um ein Projekt zur Umstrukturierung der US-Bundesregierung. Viele von Trumps «Executive Orders» spiegeln den im Projekt 2025 festgelegten Plan wider. Executive Orders sind zwar keine Gesetze, aber sie leiten die Arbeit der Regierung selbst. Die Geschwindigkeit, mit der Trump begann, Anordnungen zu erlassen, und deren ungewöhnlich breite Anwendung auf Bereiche, die sie rechtlich gar nicht abdecken, war wahrscheinlich zum Teil auf den im Projekt 2025 festgelegten Plan zurückzuführen.

Jede der oben genannten sozialen Bewegungen wurde von Trump im Rahmen seiner politischen Neuausrichtung der USA ins Visier genommen, oft auf sich überschneidende Weise: Sein Engagement für Polizeiarbeit, Grenzkontrollen und das Militär passt gut zu seiner Aggression gegenüber Eingewanderten und Migrant:innen. Und beides, Polizei und Militär, wird gegen Menschen eingesetzt, die sich aktiv für die Solidarität mit Palästina einsetzen. Ich denke, es ist fair zu sagen, dass der Widerstand gegen seine Angriffe auch an diesen Fronten koalitiert. Zu Recht weisen die Menschen darauf hin, dass die Polizei und das Militär der USA – eine koordinierte und fortwährende Besatzungsmacht zur Verteidigung des Kapitalismus – schon immer gegen Schwarze, Indigene und Migrant:innen gerichtet waren.

Trans-Personen

Der Widerstand gegen Trump kommt auch von einem breiten Spektrum der Menschen, die er am heftigsten angreift. Die Konservativen haben in den letzten Jahren Trans-Personen unerbittlich ins Visier genommen, unter anderem indem sie es ihnen verboten oder unmöglich gemacht haben, öffentliche Toiletten zu benutzen, in Sportmannschaften zu spielen oder geschlechtsangleichende medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Trump hat diese Angriffe noch weiter verschärft und versucht, Trans-Personen den Besitz von Pässen in ihrem gelebten Geschlecht zu verbieten und sie aus dem Militär zu vertreiben. Abgesehen von der Frage, ob jede:r im US-Militär dienen wollen sollte, bauen Trans-Personen und Eltern von Trans-Kindern Netzwerke auf, um ihr Grundrecht auf Selbstbestimmung zu schützen. Gleichzeitig verschärfen sich die Angriffe auf Trans-Personen, obwohl deren Rechtslage unklar ist und es viele Klagen gibt, die argumentieren, dass die Attacken verfassungswidrig oder unfair sind. So gibt es beispielsweise auf Bundesstaatsebene Gesetzesvorlagen, die die Verwendung eines Passes mit einem Geschlecht, das nicht dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht ent-

spricht, als Betrug definieren, weshalb viele Menschen, die ich kenne, alle Pläne, die eine Überquerung der US-Grenze beinhalten, aufgegeben haben. Ärzt:innen und Kliniken haben als Reaktion auf Trumps Executive Order («Protecting Children from Chemical and Surgical Mutilation») abrupt Behandlungen eingestellt, da medizinischen Einrichtungen, die Transkinder versorgen, die Finanzierung entzogen wurde.

Angriffe auf Trans-Personen und ihre Rechte sind einer der Hauptpunkte bei konservativen Angriffen in Nordamerika. Aber weltweit, an Orten, an denen es zu einer autoritären Wende gekommen ist, von den USA bis Ungarn, sehen wir diese Opposition. Konservative bezeichnen das Engagement für Trans-Rechte, den Zugang zu Abtreibung, Feminismus und Geschlechts-Selbstbestimmung im Allgemeinen mit dem Begriff «Gender-Ideologie». In den USA hat die Aufhebung des Bundesabtreibungsurteils (Roe v. Wade) im Jahr 2022 dazu geführt, dass die Frage, ob Abtreibung unter Strafe gestellt wird, auf Bundesstaatenebene entschieden wird, und selbst in Bundesstaaten, in denen sie noch legal ist, unterliegt sie starken Einschränkungen. Bundesstaaten, welche Abtreibung unter Strafe gestellt haben, haben auch begonnen, Menschen zu verfolgen, die Fehlgeburten hatten (in der Regel mit der Begründung, sie hätten menschliche Überreste unsachgemäss entsorgt). Die Organisation zur Bereitstellung und Unterstützung des Zugangs zu Verhütungsmitteln und Abtreibung nimmt zu. Die feministische Organisation in den USA vereint am ehesten die Forderungen nach reproduktiver Gerechtigkeit mit Forderungen nach Selbstbestimmung der Geschlechter, da sie erkennt, dass die konservative Agenda beides ins Visier nimmt.

Koalition des Widerstands

Andere Formen des Widerstands gegen Trumps zweite Amtszeit haben sich auf vielfältige Weise verbreitet und sind dabei, sich zu entwickeln. Menschen in liberalen und sozialdemokratischen Kreisen versuchen, alle, die links von der Republikanischen Partei stehen, in einer «grossen Koalition» zusammenzubringen, die Menschen mit vielen unterschiedlichen Ansätzen Platz bietet. Dazu gehören Gruppierungen wie die Working Families Party, 50501 («50 Proteste, 50 Staaten, 1 Bewegung») – sie waren massgeblich an der Organisation der «No King»-Proteste beteiligt) und «Indivisible», die sowohl kleine Ortsgruppen organisieren als auch Lobbyarbeit und Wahlkampf betreiben. Zu Beginn von Trumps Amtszeit, als Elon Musk eine Gruppe organisierte, die massive Kürzungen bei Regierungsprogrammen und -abteilungen forderte, kam es zu ähnlich überraschend weit verbreiteten Protesten bei Tesla-Händlern.

Das Spannende an diesen Ansätzen ist, dass eine sehr grosse Anzahl sehr kleiner Gruppen in kleinen Städten und Gemeinden

Archipel
Monatszeitung des
Forum Crique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcrique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcrique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcrique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcrique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcrique.org

in den gesamten USA aktiv wird, die normalerweise als konservative Enklaven gelten. Viele der Menschen, die sich engagieren, hatten noch nie an einer Demonstration teilgenommen; die Mobilisierung dieser «sanften Linken» oder Gemäßigten könnte interessante Auswirkungen haben.

Dennoch finde ich die Proteste zur Unterstützung von Migrant:innen und Menschen ohne Papiere derzeit am inspirierendsten. Während Trump versucht, eine Krise herbeizuführen, die seinen Einsatz des Militärs

gegen normale Menschen in LA rechtfertigen würde, zeigen die Menschen bei ihren Protesten im ganzen Land enormen Mut und Engagement. Die Inhaftierung und Abschiebung von Migrant:innen (nach El Salvador, Südsudan und Dschibuti oder in Offshore-Haftanstalten) sind Aktionen, an denen die Trump-Regierung ihre autoritäre Macht ausprobiert, und es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Bevölkerung dies massiv ablehnt und nicht als normal hinnimmt. Wir können hoffen, dass sich die Keime des Widerstands

weiter ausbreiten und zu einem reichen Ökosystem des Widerstands in Nordamerika beitragen!

Alexis Shotwell*

*Alexis Shotwell ist Mitglied der anarchistischen Gruppe Punch Up Collective in Ottawa, Kanada, wo sie auch als Professorin für Soziologie an der Carleton University arbeitet.

1. An den Protesten nahmen über 5 Millionen Menschen teil. (Anm. d. Red)

2. Die «United States Immigration and Customs Enforcement» (ICE) ist eine Zoll- und Grenzschutzbehörde des Ministeriums für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten.

AKTUELL

Nicht schweigen

Während ich diese Zeilen schreibe, findet im Nahen Osten eine neue Kriegseskalation statt. Netanjahu und Trump, beide mit schweren Vorwürfen konfrontiert, mussten ja irgendwie ihr Image wieder auf Vordermann bringen, was immer es (die Menschheit) koste. Und Irans Staatschef reagiert – unter anderem – mit noch mehr Repression im eigenen Land. Wie es weitergehen wird, wissen wir vorläufig nicht.

Aber eigentlich wollte ich einige positive Beispiele von Antikriegsinitiativen und Widerstand nennen. Zusätzlich zu der Friedensflotte, über die ja viele Medien berichteten, wurden weitere Initiativen ergriffen, um die Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland zu stoppen.

Gegen Waffen

Am Mittwoch, dem 4. Juni, verweigerten die Hafenarbeiter von Marseille/Fos-sur-Mer die Verladung von 14 Tonnen Maschinengewehrteilen, hergestellt vom französischen Rüstungsunternehmen Eurolinks, auf ein Schiff mit Ziel Haifa. Am nächsten Tag stellten sie fest, dass zwei weitere Container, dieses Mal gefüllt mit von den französischen Unternehmen Aubert und Duval hergestellten Kanonenrohren, auf dasselbe Schiff geladen werden sollten. Die Docker blockierten auch deren Verladung und erklärten, sie wollten sich nicht «zu Komplizen von Massakern» machen. «Wir sind für den Frieden zwischen den Völkern. Wir sind gegen alle Kriege.» Das Schiff musste ohne das Kriegsmaterial abfahren.

Eine Gruppe genuesischer Hafenarbeiter, die «davon überzeugt sind, dass der Kampf gegen den Waffenhandel in den Häfen nur durch Taten gewonnen werden kann», hat daraufhin angekündigt, den Betrieb des italienischen Hafens in Genua am darauffolgenden Freitag um 15 Uhr lahmzulegen.

Und im östlichen Teil Europas: Ein paar Monate bevor in der österreichischen Stadt Graz ein 21-jähriger Mann in seinem ehemaligen Gymnasium neun Jugendliche, sowie eine Lehrerin erschießt – eine furchterliche Tat, die ganz Österreich in Trauer versetzt und sehr viele Fragen aufwirft – wird der Schiessunterricht an Polens Gymnasien zum Pflichtfach. Argument der polnischen Regierung: «Sich gegen einen russischen Angriff wappnen.» Doch die Mehrheit der befragten Bevölkerung ist mit diesem neuen Gesetz nicht einverstanden. Stimmen werden laut, die sagen, dass 14-jährige Kinder prinzipiell nichts mit Waffen zu tun haben sollten. Es sind schon zu viele Tragödien in Schulen passiert!

Marsch für Gaza

Die französische Menschenrechtsliga, mehrere Verbände und Gewerkschaften organisierten vom 15. bis 23. Juni einen «Marsch für Gaza» in zehn Etappen von Paris nach Brüssel, um die Bevölkerung Gazas zu unterstützen. Ziel war es, auf das Schicksal der Bevölkerung in Gaza aufmerksam zu machen und Massnahmen der europäischen Institutionen und Staats- und Regierungschefs zu fordern. Der Marsch kam pünktlich zur Tagung des Rates «Auswärtige Angelegenheiten» beim Europaratssitz in Brüssel an. An diesem Tag sollten, unter anderem, «die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten» erörtert werden. Drei Tage später fand die Sit-

zung des Europäischen Rates statt, an der die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union teilnehmen. Die Lage im Nahen Osten stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Zu Redaktionsschluss kennen wir die Ergebnisse dieser Sitzung noch nicht. Hier die Forderungen:

Stopp dem Völkermord

«Wir fordern von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten die sofortige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Staat Israel, die sofortige Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit und jeglicher Waffenlieferungen an Israel, die Umsetzung aller Massnahmen, welche die Anwendung der am 18. September 2024 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Resolution ermöglichen, um durch Sanktionen gegen Israel ein Ende der Besatzung und der Kolonisierung zu erreichen und die Einhaltung der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) durch alle unsere Regierungen, die darauf abzielen, die Handlungen der israelischen Regierung zu beenden, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord darstellen. Lasst uns in allen Sprachen der Europäischen Union unsere Stimme erheben!

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben die Mittel, das Völkerrecht und die Menschenrechte durchzusetzen und sich durch ihr Handeln von den laufenden und künftigen Verbrechen zu distanzieren und ihnen entgegenzutreten!»

Ungarn und die Pride-Parade

Und jetzt noch zu einem anderen Thema: Die für den 28. Juni geplante Pride-Parade in Ungarn wurde von der Regierung verboten. Die reaktionäre Regierung des EU-Mitgliedsstaates versucht die traditionelle Veranstaltung der LGBTIQ+ Community mit der Begründung des «Kinderschutzes» zu unterdrücken. Eine Mitte Juni von der ungarischen Regierung beschlossene Verfassungsänderung enthält die Festlegung, dass es in Ungarn nur zwei Geschlechter – Mann und Frau – gibt.

Der österreichische sozialistische Nationalratsabgeordnete Mario Lindner hat dar-

aufhin begonnen, eine Solidaritätsreise zur «Budapest Pride» am 28. Juni zu organisieren, «die trotz Orbans Verboten stattfinden wird». David Stögmüller von den Grünen ist mit von der Partie. Lindner kritisierte die Verfassungsänderung als «neuen Tiefpunkt im internationalen Kulturkampf gegen vielfältige, offene Demokratien». Die menschenrechtsfeindlichen Verfassungsänderungen auf dem Rücken von LGBTIQ+ Personen

«sollen vom wirtschaftlichen Scheitern von Orbáns autokratischem Kurs ablenken und sind ein furchtbarer Ausdruck der blanken Panik des ungarischen Möchtegern-Trump angesichts sinkender Zustimmungswerte und einer immer beliebteren Opposition», kommentierte der Gleichbehandlungs- und LGBTIQ+ Sprecher der SPÖ. Und Stögmüller: «Orbán zeigt eindrucksvoll, dass ihm Menschenrechte egal sind. Hier dürfen wir

nicht schweigen. Jetzt braucht es vor allem internationalen Zuspruch für all jene, die in Ungarn Mut beweisen und ihre Rechte verteidigen».

Nein, schweigen dürfen wir weder hier noch gegenüber dem Kriegs- und Vernichtungswahnsinn einiger diese Welt regierenden Mörder und ihrer Komplizen.

Constanze Warta

MIGRATION

Rede an Europa

Mein Name ist Lea Ypi. Ich werde oft vorgestellt als Philosophin, Schriftstellerin, als albanische Staatsbürgerin, als eingebürgerte Britin. Wenn ich mit Frauen spreche, werde ich als Frau, manchmal als berufstätige Frau, vorgestellt. Wenn ich mit Müttern spreche, werde ich als Mutter vorgestellt. Manchmal werde ich als Albanerin aus einer muslimischen Familie vorgestellt, und manchmal als etwas gänzlich anderes als Muslimin, auch wenn der Anfangsbuchstabe «M» erhalten bleibt: als Marxistin. Oder: als Migrantin.

Aber ich würde gerne woanders beginnen. Nicht damit, was ich bin oder was andere mir zuschreiben, sondern damit, was ich gerne wäre. Und wie der Zufall es will, ist das, was ich sein möchte, auch das, was ich mir für Europa wünsche. [...]

Eines der bekanntesten Stücke des Schriftstellers Gotthold Ephraim Lessing, »Nathan der Weise«, spricht einige der Themen an, die ich in meiner heutigen Rede an Europa behandeln werde: Identität und Vertreibung, Kultur und Konflikt, Migration und Kosmopolitismus. Das Stück spielt in Jerusalem während eines Kreuzzuges und seine Hauptfigur, Nathan der Weise, ist ein Jude, der unter muslimischer Herrschaft lebt und ein verwaistes christliches Mädchen wie sein eigenes Kind aufzieht. Seine eigene Familie, seine Frau und seine sieben Söhne wurden von Christen ermordet. Sein Haus wurde in seiner Abwesenheit niedergebrannt. Und dennoch hegt Nathan keine Ressentiments gegenüber Christen oder Muslimen. Er verweigert es, durch seine Identität definiert zu werden und beharrt darauf: «Es genügt, ein Mensch zu heissen».

Eines Tages wird Nathan vom Sultan vorgeladen, der ihn dazu befragt, welche der drei grossen monotheistischen Religionen – Christentum, Judentum oder Islam – die beste sei. Er erklärt geduldig, dass die rechte Antwort darauf nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft zu suchen sei. Dies könne nicht auf konservative Weise mit Rückgriff auf

Tradition, bestehende Werte und Überlieferung entschieden werden, so Nathan.

Für jeden Menschen, dem man beigebracht hat, die eigene Tradition zu ehren und den Feind auf eine bestimmte Art und Weise zu betrachten, wird die jeweils eigene Geschichte überlegen wirken, von aussen betrachtet jedoch gänzlich anders erscheinen. Die Wahrheit aller Kultur, sofern man überhaupt von Wahrheit sprechen kann, lässt sich, so Lessing, nur ausmachen, wenn man den Blick erweitert und ihn nach vorne richtet: über eine beständige Prüfung, welche Kultur die Tugenden der Menschlichkeit an den Tag legt; Vorurteile abbaut; die in ihren Gründungstexten verheissene Liebe zeigt; die Toleranz bei künftigen Generationen fördert. Tatsächlich verweigert es Nathan über das gesamte Stück hinweg, in eine Schublade gesteckt zu werden. «Wir müssen, wir müssen Freunde sein», antwortet er einem Tempelherrn, der ihn zu seiner Identität befragt. «Wir haben beide uns unser Volk nicht auserlesen. Sind wir unser Volk? Was heisst denn Volk? Sind Christ und Jude eher Christ und Jude als Mensch?», fragt er.

Identität als Migrant-in

Es gibt nur eine Stelle im Stück, an der Nathan der Weise die Fassung zu verlieren scheint. Dies geschieht in den ersten Zeilen, als er von seinen Wanderungen zurückkehrt, und eine Frau, die ihn grüsst, ausruft: «Dass ihr doch endlich einmal wiederkommt!». Und Nathan

rügt sie: «Ja», scherzt er, «Doch warum endlich? [...] Hab ich denn eher wiederkommen wollen? Und wiederkommen können?». Er sei «den Weg, bald rechts, bald links zu nehmen [...] genötigt worden».

Wie Sie hier sehen können, gibt es eine Kategorisierung, eine Identität, die Nathan der Weise nur schwerlich zurückweisen kann. Und das ist seine Identität als Migrant, genauer gesagt als Migrant, der keine andere Wahl hatte als zu wandern, denn vertrieben zu werden ist wohl kaum ein Akt des freien Willens.

Ein-e Migrant-in ist sowohl ein-e Weltbürger-in als auch weltenlos. Ein-e Migrant-in ist sowohl weltoffen als auch von der Welt entfremdet. Ein-e Migrant-in muss dazu bereit sein, alles in sich aufzunehmen, was ihm oder ihr fremd erscheint, vertraute Verhaltensweisen zu verlernen und sich neue anzueignen. Doch ein-e Migrant-in muss auch mit der dauernden Angst leben, vielleicht nie ganz dazugehören zu können. Für eine-n Migranten/in ist Zugehörigkeit ein Bestreben, etwas, das für Lessing den Geist des aufklärerischen Kosmopolitismus einfängt.

Dennoch: Nathan ist ein guter Migrant. Erstens, weil er die Gesetze der Länder, die er besucht, achtet. Zweitens, weil er wohlhabend ist. Und drittens, weil er nicht versucht, sich anderswo niederzulassen und schlussendlich, wenn auch nach langer Zeit, wieder nachhause zurückkehrt.

Heute Abend möchte ich mit Ihnen nicht nur über die guten Migrant-innen sprechen, sondern auch über die vielen schlechten, die mir begegnet sind. Ich möchte mit Ihnen im Geiste Lessings darüber sprechen, wie sinnlos es ist, Kategorien von Gut und Böse anzuwenden, wenn es um Migration geht; und darüber, wie gefährlich es ist, es doch zu tun, weil wir uns dann in einer Situation wiederfinden können, die die Zukunft aufkündigt und uns in vergangene Zeiten zurückwirft. [...]

Als ich in den 1990er Jahren in Albanien aufwuchs, war der Vater einer meiner besten Freunde ein Schlepper. Wir nannten ihn «Ben der Lahme». Ben der Lahme war nicht immer Schlepper gewesen. Vor dem Übergang des Landes vom Kommunismus zum Liberalismus arbeitete er im Schichtdienst in der Werft, wo er Fischernetze fertigte und Boote neu lackierte.

Ben war sehr klein und bleich und humpelte. Er hatte sich den Beruf des Schleppers

nicht ausgesucht – die Privatisierungsreformen, die mit dem Aufkommen des politischen Pluralismus einhergingen, zwangen die Werftmanager zu Entlassungen, sodass Ben und seine Frau arbeitslos wurden. Er selbst verstand sich auch nicht als Schlepper: Für ihn war es ein Job wie jeder andere. Er wurde dafür bezahlt, Menschen auf Beibooten nach Italien zu bringen, und er brauchte das Geld, um seine Kinder zu ernähren.

Er hatte ein wenig Angst, aber er schämte sich nicht ob dieser Tätigkeit. Jahrzehntelang waren die Menschen in Albanien bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren, von ihrem Staat ermordet worden. In den sehr seltenen Fällen, in denen ihnen die Überquerung gelang, wurden ihre zurückgebliebenen Verwandten deportiert. Nun endlich waren sie frei, und Ben der Lahme half ihnen, ihre Träume wahr werden zu lassen. Wenn er darüber sprach, schwang ein wenig Stolz in seiner Stimme mit. Eines Nachts verschwand Ben der Lahme und kam nie wieder zurück. Einige sagten, er sei getötet worden, andere, er sei im Adriatischen Meer ertrunken und

von denselben Fischen, für die er die Netze gefertigt hatte, gefressen worden.

Irgendwann, viel später, gab es eine Beerdigung für ihn, eine Beerdigung ohne Leiche, mit einem leeren Sarg. Es kamen viele Menschen zur Beerdigung und sprachen ihre Dankbarkeit dafür aus, dass er ihren Verwandten zur Flucht verholfen und ihnen die Möglichkeit gegeben hatte, sich für ein anderes Leben, ein Leben im Ausland, zu entscheiden. Sie sprachen auch darüber, wie sich die Zeiten geändert hätten: wie es Albanerinnen nach dem Fall der Berliner Mauer möglich geworden war, das Land zu verlassen; wie der Migrationsdiskurs sich schlagartig änderte und wie ihnen im Westen nun viel feindseliger begegnet wurde.

Ihre Haltung war leicht zu verstehen. In der Vergangenheit wurde uns in Albanien gesagt, dass wir nicht reisen dürften, weil der Staat es uns nicht gestatte und uns Reisepässe verwehrte. Doch als der Kalte Krieg zu Ende ging, wurde der Staatssozialismus abgeschafft. Beinahe über Nacht erkannte der Staat das Recht auf Ausreise an. Und doch

mussten Menschen erfahren, dass es nicht ausreichte, über einen Pass zu verfügen. Man benötigt auch ein Visum, für dessen Ausstellung nicht der eigene, sondern ein anderer Staat zuständig war. Plötzlich waren alle Einschränkungen unserer Bewegungsfreiheit nicht mehr von unserem eigenen Staat, sondern von aussen auferlegt.

Änderung der Rhetorik

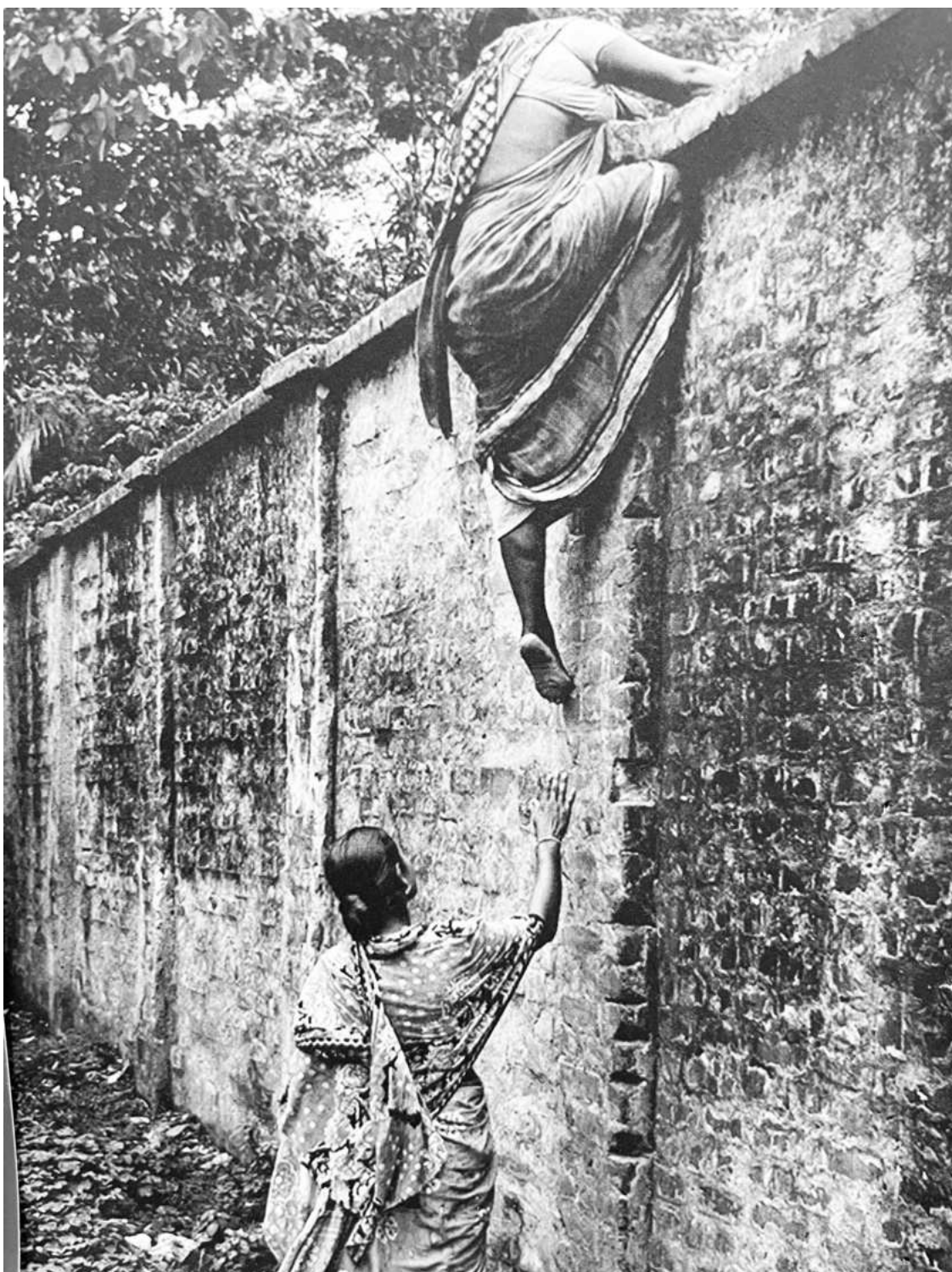
Der Westen hatte Jahrzehnte damit zugebracht, den Osten für seine geschlossenen Grenzen zu kritisieren. Er finanzierte Kampagnen, die Bewegungsfreiheit einforderten und die Immoralität von Staaten, die das Recht auf Ausreise einschränkten, anprangerten. Exilantinnen wurden früher als Heldinnen empfangen. Plötzlich änderte sich die Rhetorik. Heldinnen wurden zu Kriminellen, zu gefährlichen Subversiven, die eine Gefahr für «the European way of life» darstellten.

Und dennoch, wenn Freiheit ein Wert an sich ist, wenn Bewegungsfreiheit wichtig ist, dann sollte dies sowohl für das Aus- als auch das Einwandern gelten, es sollte keine Rolle spielen, ob man das eigene Land verlässt oder in ein anderes einreist. Wenn mir gesagt wird, dass ich diesen Platz verlassen kann, aber die Strassen, die aus der Stadt führen, gesperrt sind, kann ich mich dann wirklich frei bewegen? Gerade in jenem Moment, als die vormals sozialistischen Staaten ihre Bürgerinnen nicht mehr an der Grenze erschossen, entsandten kapitalistische Staaten Boote, um ihre Meere zu bewachen. So oder so verloren Migrantinnen weiterhin ihr Leben. Lediglich die Farbe der Uniformen, die Flagge, unter der die Verbrechen verübt wurden, hatte sich geändert.

Grenzposten, Streifenboote, die Festnahme und Unterdrückung von Migrantinnen, die einst von den westlichen liberalen Staaten verurteilt worden waren, sind in denselben Staaten mittlerweile zu einer gängigen Praxis geworden. Sie werden nicht nur toleriert, sondern als Zeichen der Stärke gefeiert. Der Westen hat ein System perfektioniert, das die Verwundbarsten ausgrenzt und die Qualifizierten anzieht, während er gleichzeitig Grenzen verteidigt, um «unsere Lebensweise» zu schützen. Doch diejenigen, die in den Westen einwandern wollten, taten dies, weil sie eben diese Lebensweise attraktiv fanden. Nicht nur stellten sie keine Gefahr für das System dar, sie waren dessen eifrigste Verfechterinnen.

Segen und Fluch

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist Migration für viele Staaten der Erde gleichermassen Segen wie Fluch geworden. Sie war ein Segen, denn ohne die Geldtransfers der Migrantinnen hätten deren Familien mit den verheerenden



Gaël Turine, Le mur et la peur, 2013.

Auswirkungen der neoliberalen «Schocktherapie»-Reformen zu kämpfen gehabt, die einen gescheiterten isolierten kommunistischen Staat in ein blühendes kapitalistisches Paradies zu verwandeln versprochen.

Sie war ein Fluch, denn Lessing hat recht: Man sucht es sich nicht wirklich aus, ob man ein-e Migrant-in sein möchte oder nicht. Anders als Ihnen Anti-Migrations-Propaganda weismachen will, genießt es niemand, sich selbst in Gefahr zu bringen oder sein eigenes Land zu verlassen, nur um Leuten in einem anderen Land auf die Nerven zu gehen. Selbst wenn wir die Risiken unautorisierter Grenzüberquerungen beiseitelassen, selbst wenn es legale Einreiserrouten gibt, so reißt Migration doch Familien auseinander und der Braindrain ist eine klaffende Wunde im Fleisch vieler Staaten. Jedes Jahr investieren sie in die Ausbildung von Ärzt-innen und Krankenpfleger-innen, die angelockt von höheren Gehältern und besseren Lebensbedingungen im Westen kurz nach ihrem Abschluss das Land verlassen.

Wenn Sie ein System der selektiven Immi-

gration unterstützen und zustimmen, dass der Westen hochqualifizierte Migrant-innen anwerben soll, billigen Sie im Endeffekt eine Form der Ausbeutung. Migrant-innen arbeiten und zahlen Steuern, damit Kranke und Gebrechliche von Ärzt-innen und Krankenpfleger-innen gepflegt, damit eure Kinder von Lehrer-innen betreut werden können. Krankenhäuser in Herkunftsländern leiden unter Engpässen, damit Patient-innen hier weiterhin adäquate Versorgung erhalten können. Die Bildung hier floriert auf Kosten der Schulen und Forschungszentren dort. [...]

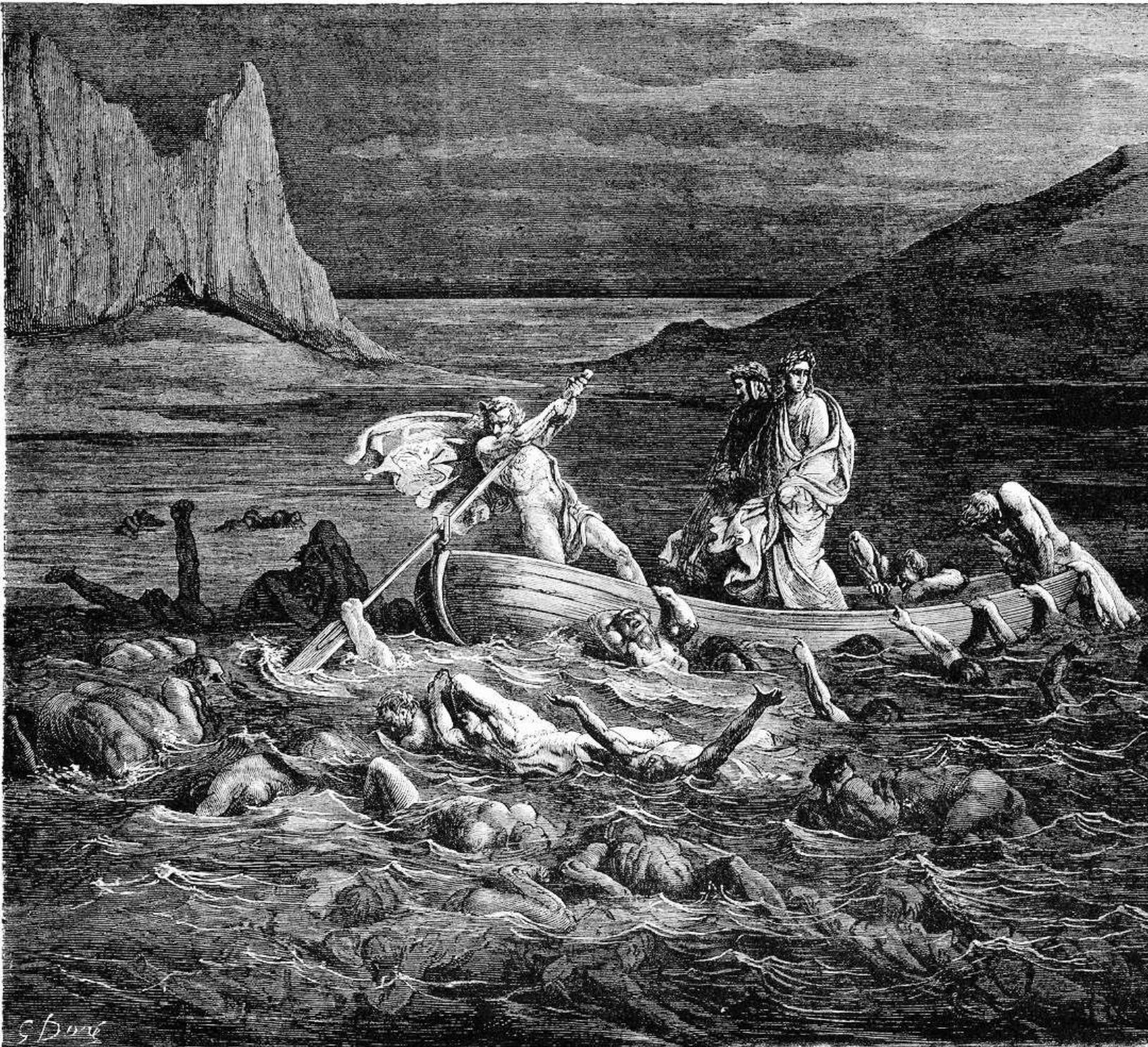
Wie hoch ist der Preis?

Es wird behauptet, dass Grenzen das Problem unserer Zeit seien. Es stimmt, dass Grenzen ein Problem darstellen, aber nicht aus dem Grund, dass es eine zivilisatorische Frage gäbe, die beantwortet werden müsste, um festzulegen, wer dazugehört und wer nicht. Auch nicht, weil es ein Problem der kulturellen Anpassung einiger Gruppen gäbe. Und ganz bestimmt nicht, weil, wie Giorgia Meloni kürzlich Donald Trump erklärte, der

«Westen» «‘great‘ again» werden müsse, und Migration dabei ein Hindernis darstellt.

Tatsächlich gibt es keine grössere Beleidigung für die Weisheit Nathans des Weisen, mit der ich diese Rede eingeleitet habe, als die Vorstellung, dass es eine einzige Zivilisation, eine einzige Lebensweise gäbe, die die Wahrheit und die Wertmassstäbe des Zusammenlebens verkörpere. Auch die europäische Zivilisation kann das nicht für sich in Anspruch nehmen. Wie Nathan in Lessings Stück betont: «Ich weiss, dass alle Länder gute Menschen tragen». «Ja», antwortet der Tempelherr, «hier bald mehr, bald weniger als dort». Doch auch das lehnt Nathan ab. Er weiss, dass Grösse einen Preis hat, und dass der Preis der Hierarchisierung von Kulturen die Zerstörung des Anderen ist, die Zerstörung von jedem, der als Gefahr wahrgenommen wird, von jedem, von dem behauptet wird, er passe nicht dazu.

Wenn Sie sich fragen, wie hoch der Preis sein kann, blicken Sie einfach auf das Mahnmal hinter mir, ein Mahnmal für die Opfer des verheerendsten Versuches, etwas «great



Die Göttliche Komödie: Phlegyas bringt Dante und Vergil über den Styx. Illustration von Gustave Doré

again» zu machen, den die Menschheit kennt: das Holocaust-Mahnmal. Auch dieses ist ein Produkt europäischer, westlicher Werte. Es ist das Produkt eines Projekts, das die Gesellschaft von unerwünschten Elementen «reinigen» wollte; von Jüdinnen und Juden, Kommunist:innen, Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen und allen anderen, die nicht passend erschienen.

In Europa muss jede Diskussion über Migration an dieser Stelle beginnen. Und nicht damit, zwischen guten und bösen Migrant:innen zu unterscheiden, zwischen nützlichen und unnützen, zwischen jenen, von denen wir profitieren, und jenen, die eine Last darstellen; zwischen Migrant:innen, die die Gesetze achten und jenen, die ihren eigenen Regeln folgen; zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden; zwischen solchen, die nur vorübergehend hier sind und letztlich zurückkehren werden und jenen, die sich hier niederlassen wollen; zwischen Migrant:innen, die es verdienen, willkommen geheissen zu werden und jenen, die ihrer Ausweisung gegenüberstehen. Mit der Migration als Problem abzu-

rechnen, bedeutet zu verstehen, dass sie kein Problem an sich darstellt. Es bedeutet, zu verstehen, wie gefährlich es ist, die Rede von Migration als Problem im politischen Diskurs zu normalisieren.

Wenn wir uns mit Migration in Form von Zahlen und Bewegungsströmen beschäftigen, dann sehen wir, dass zwar die Zahl der Menschen, die ausserhalb ihres Geburtslandes leben, gestiegen ist, dieser Anstieg jedoch proportional zum globalen Bevölkerungszuwachs und damit zu Migrationsströmen der Vergangenheit ist. Wenn wir uns ansehen, welchen Beitrag Migrant:innen in ihren Aufnahmeländern geleistet haben, gibt es wenig Evidenz dafür, dass sie eine Last wären. Migrant:innen wirken dem demografischen Wandel entgegen, zahlen in die sozialen Sicherungssysteme ein und unterstützen ihre Aufnahmegesellschaften. Ja, sogar irreguläre Migrant:innen tun dies, sofern ihnen die Möglichkeit der Legalisierung offensteht. Und natürlich stimmt folgendes: Wenn es leicht zugängliche Visa gäbe, würde so etwas wie irreguläre Migration gar nicht existieren.

Unser Versagen

Und dennoch wird Migration im politischen Diskurs noch immer als Problem beschworen. Dieses Problem ist politischer und nicht kultureller Natur. Dass es ein Problem gibt, hat nichts mit Migrant:innen zu tun, sondern ausschliesslich mit der

Krise der liberalen Demokratie; einer Krise, die Migrant:innen nicht heraufbeschworen haben, und die sich auch nicht wegen ihnen verschärft (tatsächlich tragen sie eher dazu bei, sie zu entschärfen). Das Problem ist, dass die Rechte den Migrationsdiskurs beherrscht und dass es eine Unfähigkeit oder auch, um zur Aufklärung zurückzukehren, eine Mutlosigkeit gibt, sich kritisch des eigenen Verstandes zu bedienen und über die Ideologie und Propaganda, die uns Anderes weismachen möchte, hinauszudenken.

Doch eine Alternative lässt sich nur schwer ausmachen. Denn sogar diejenigen, die bestimmte Migrationsbestimmungen ablehnen, haben sich letztlich dieser Politik verschrieben; weil viele Progressive den Universalismus aufgegeben haben und statt das kulturelle Framing des Migrationsdiskurses zu hinterfragen, lediglich ihre eigene Version davon formulieren; weil die Linke die Sprache der Klasse aufgegeben und sich stattdessen die Sprache der Kultur zu eigen gemacht und eine sozioökonomische Problemdiagnose durch eine identitätsbezogene ersetzt hat.[...]

Seit langem versagen liberale Gesellschaften an vielen Fronten. Lassen Sie mich nur drei nennen. Erstens, das Versagen demokratischer Politik: eine immer grösser werdende Kluft zwischen Repräsentierenden und den Repräsentierten; ein Parteiensystem, das zunehmend wie ein Wirtschaftskartell funktioniert; eine Beziehung zwischen Politiker:innen und Bürger:innen, die dem Verhältnis eines Unternehmens zu seinen Konsumenten ähnelt.

Zweitens, ein Versagen in Sachen sozialer Gerechtigkeit: ein Wirtschaftssystem, das nicht dazu in der Lage ist, die Bedürfnisse der Schwächsten (Staatsbürger:innen und solche, die es nicht sind) zu erfüllen, das Funktionieren dieser Wirtschaft im Sinne aller zu gewährleisten und Mechanismen zu entwickeln, mit denen den organisierten Interessen von Oligarchen, dem Grosskapital, von wohlhabenden Gönner:innen, digitalen Unternehmensplattformen – kurzum, allen, die mit ihrem Geld politischen Einfluss erkaufen – entgegengetreten werden kann.

Drittens, ein Versagen der internationalen Solidarität; die Unfähigkeit, eine alternative Vision für eine Weltordnung zu entwerfen, inklusive einer Reform internationaler Organisationen, die tatsächlich die Interessen von schwachen Menschen wie Staaten repräsentieren; eine Weltordnung, die auf Kooperation und nicht auf Gegnerschaft beruht.

Die globalen Ungleichheiten, die zu asymmetrischer Migration führen, ergeben sich aus diesem komplexen Bild der Welt. [...]

Das Problem besteht meines Erachtens darin, dass wir ein Gesellschaftsmodell gewählt haben, das im Widerspruch zum Humanismus Lessings steht; ein Modell, bei dem das Verfolgen von Profitinteressen dazu führt, dass menschliche Beziehungen den Marktzwängen untergeordnet werden. Eine politische Gemeinschaft, die diejenigen, die nicht zu ihr gehören und Zugehörigkeit nicht für sich einfordern können, für ihr Versagen verantwortlich macht, vermeidet es, sich ihrer Verantwortung zu stellen: Sie kann weiterhin den Schwächsten die Schuld geben und so tun, als habe sie Lösungen parat, sobald «das Andere» keine Bedrohung mehr darstellt. Das

Versprechen der Rechten lautet: Sobald die Frage der Zugehörigkeit beantwortet worden ist, werden sich sämtliche Konflikte unserer Zeit in Wohlgefallen auflösen.

Migration ist jedoch, wie bereits erwähnt, nicht die Quelle des Problems, sondern lediglich das Symptom einer Krise. Und darin liegt das Versagen der Alternativen. Die Frage des politischen Fortschritts wird über abstrakte Gesetze und Rechte verhandelt; als eine Frage dessen, wer Gesetze formuliert und erlässt, wer einbezogen wird und wer ausgegrenzt bleibt. Mit anderen Worten: Politischer Fortschritt ist zu einer Frage über die Regulierung der Bedingungen politischer Zugehörigkeit verkommen. Migration wird deshalb als Problem wahrgenommen, weil politische Zugehörigkeit als Lösung gesehen wird. Der Krieg der Kulturen ist deshalb so bedeutsam, weil es dabei um die Überwachung der Grenzen einer sozialen Gruppe geht, inklusive der Frage, wer in ihrem Namen sprechen darf. Wenn wir keinen Weg finden, anders über dieses Problem nachzudenken; wenn wir es nicht schaffen, die Rolle der Kultur und ihre Verbindung zur Demokratie und das Schicksal der Demokratie im Kapitalismus neu zu denken, ist es nur schwer vorstellbar, dass wir es schaffen eine Lösung zu entwickeln, die der Rechten nicht in die Hände spielt. [...]

Im Namen der Wirtschaftsordnung

Das Problem ist, dass Exklusionsmechanismen innerhalb von Staaten wie zwischen Staaten einander dabei stützen, einer im Kern unhinterfragten Wirtschaftsordnung zu dienen und sie weiter zu stärken. Die Praxis, die Staatsbürgerschaft an die Reichen zu verkaufen und den Zugang zu ihr für diejenigen zu beschränken, die über geringe materielle Mittel, Bildung oder staatsbürgerliche Fähigkeiten verfügen, verrät viel über das Verhältnis zwischen dem Kapitalismus und dem vorgeblich demokratischen Staat. Wenn wir die Art und Weise, wie wir diese Beziehung begreifen, nicht ändern, werden wir auf eine schiefe Bahn geraten, wobei zuerst die irregulären Migrant:innen dran sein werden, dann die ansässigen Nicht-Staatsbürger:innen und schliesslich die Bürger:innen, die Mohamed und Abdallah heissen, genauso wie früher die Goldschmidts und die Levis. Ist es so schwer vorstellbar, dass das geschehen könnte? Können wir sagen, dass wir so etwas noch nie erlebt hätten?

Zum Schluss möchte ich zu Lessing zurückkehren. Die kosmopolitische Haltung, die Nathan der Weise verkörpert, sollte nicht mit Samaritertum oder mit humanitärer Ethik verwechselt werden, die manchmal bemüht wird, um die Rechte von Migrant:innen zu verteidigen. Die Aufklärung war für viele ihrer Verfechter:innen ein politisches und nicht nur ein moralisches Projekt; ein Projekt, das darin bestand, Institutionen zurückzuweisen, denen es nicht gelang, alle Menschen zu vertreten; in der öffentlichen Kritik von Vorstellungen, die eine ethnische, religiöse Gruppe oder eine «race», eine Klasse oder eine politische Gemeinschaft gegenüber der anderen bevorzugte. Die Aufklärung forderte Menschen dazu auf, Werte zurückzuweisen, die einer vernunftgeleiteten Prüfung nicht standhalten; eine kritische Haltung gegenüber der Heuchelei der Mächtigen einzunehmen



und sich jedem Anspruch auf Autorität zu widersetzen, auch der Autorität jener, die uns versichern, in unserem Interesse zu handeln. Diese Abkehr vom Geist der Aufklärung zu einem Zeitpunkt, an dem er am dringendsten benötigt wird, ist tragisch, aber nicht ganz zufällig. Gehorsam erfordert Ignoranz, Ignoranz fördert den Gehorsam. Und wir gewöhnen uns zunehmend daran, nicht eigenständig zu denken, sondern den vorherrschenden Trends zu folgen. [...]

Die Werte, auf die sich Europa so stolz – so einhellig, so unkritisch – beruft, bedeuten nur

sehr wenig, wenn sie nur für einige wenige gelten. Sie müssen auf einem umfassenderen Bekenntnis zu nationaler und internationaler sozialer Gerechtigkeit beruhen, zu einer Zukunft, die jede Sehnsucht nach vergangener Grösse, jede Illusion zivilisatorischer Überlegenheit und jeden Kompromiss hinsichtlich globaler egalitärer und radikaldemokratischer Ideale entschieden zurückweist.

Die Migration und die Ungerechtigkeiten, die durch sie zutage treten, stehen an vorderster Front dieses Kampfes. Denn nicht die Verheissung, den Westen «great again» zu

machen, sondern das Bekenntnis zu Freiheit, Gleichheit und einer Welt, in der niemand gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen, stellt die Versprechen Europas auf das Entschiedenste auf die Probe.

Lea Ypi

Autorin und Wissenschaftlerin sowie
Professorin für Politische Theorie an der
London School of Economics

Lea Ypi hielt ihre Rede am 15. Mai 2025 auf dem Judenplatz in Wien. Sie können die gesamte Rede, in ihrer ursprünglichen Länge und Sprache (englisch) im Internet unter «Lea Ypi, Rede an Europa» ansehen und -hören.

SYRIEN

Brief einer Leserin

Wir veröffentlichen hier die Reaktion einer treuen Leserin auf den Artikel von Amalia van Gent, der in der letzten Ausgabe von Archipel erschienen ist¹. Wir sind uns voll und ganz bewusst, dass es sich in Syrien um eine äusserst komplexe Situation handelt, die sich täglich weiterentwickelt. Mit den verschiedenen, sich ergänzenden Artikeln, möchten wir unseren Leserinnen und Lesern Anhaltspunkte liefern, um sich ihre eigene Meinung bilden zu können.

«Ich verlasse mich in der Regel auf die Informationen in Archipel, dem Sprachrohr eines unabhängigen und seriösen Journalismus. Umso überraschter war ich, als ich den Artikel von Amalia van Gent «Syrien – ein Land auf der Kippe»¹ las, der auf den Artikel von Félix Legrand² über die politische Entwicklung der HTS folgte. Während Legrand eine detaillierte und differenzierte Analyse des Prozesses liefert, welcher HTS und seine Verbündeten an die Macht gebracht hat, beschränkt sich van Gent auf die Beziehungen Damaskus' zu den Kurden in Rojava, die Massaker in der Region Latakia und in Damaskus sowie den Verfassungsentwurf.

Ich bin gerade von einem dreiwöchigen Besuch in Syrien zurückgekehrt (meinem ersten seit 2006), wo ich in Damaskus, Aleppo, Hama und Homs war. Die Syrer kommen aus einem 50-jährigen Albtraum unter der Assad-Dynastie und man spürt zunächst ein Gefühl der Freiheit, das für Ausländer dadurch symbolisiert wird, dass man kein Visum mehr braucht; man zeigt seinen Pass an der Grenze vor, um einen Stempel zu bekommen, wie man es in der Schweiz macht. Die Freude der Syrer, die in ihr Land zurückkehren, ist spürbar. Ein Plakat an der Grenze verkündet: «Syrien gehört uns – uns allen» (Souriya ilna – ilna kullna). Angesichts dieser Aussage ist es nur logisch, dass die Assad-Bibliothek in Damaskus in Nationalbibliothek umbenannt wurde und das Assad-Universitätskrankenhaus nun Nationales Universitätskrankenhaus heisst.

Es besteht der Wille, die verschiedenen Gemeinschaften in wichtige Ereignisse einzubeziehen. Bei einer Zeremonie zu Ehren der Getöteten und Verwundeten der Kämpfe um Damaskus, an der ich im grossen Hörsaal der Nationalbibliothek teilnahm, gehörten zu den Würdenträgern, die die Urkunden überreichten, vier Männer in Zivil, ein Imam und ein orthodoxer Priester.

Die Mukhabarat, der Geheimdienst des Assad-Regimes, ist verschwunden, ebenso wie die Shabbiha, die brutalen Schergen der Assads, die Besucher mit Kalaschnikows in den Hotels empfangen. Ausländische Entwicklungshilfeorganisationen können nun direkt mit ihren syrischen Partnern Kontakt aufnehmen. Bei einigen ist die Angst noch immer präsent: Eine Person, die wir in Hama trafen und die das Massaker von 1982 miterlebt hatte, wollte nicht erzählen, was sie gesehen hatte. Eine temporäre Ausstellung im Nationalmuseum von Damaskus (einer Stiftung aus der Zeit vor Assad), die Teil des 2013 begonnenen Projekts «Kreative Erinnerung an die syrische Revolution»³ ist, zeigt Zeichnungen, Gedichte, Porträts der Verschwundenen und andere Bilder, die den Ausbruch der Kreativität während der Jahre des Krieges und der Unterdrückung dokumentieren. Es handelt sich um eine unverzichtbare Massnahme zur Bewahrung der Gegenwart und Vergangenheit und zur Gestaltung einer gerechten Zukunft für alle.

In Syrien sieht man viele Ruinen und Trümmer. Einige, wie in Homs zu Beginn

der Revolution, wo mit Artillerie gekämpft wurde, erinnern an das Beirut des Bürgerkriegs. Andere, zum Beispiel in Aleppo, wo die Russen Luftangriffe durchgeführt haben, erinnern eher an Gaza. Aber der Wille zum Wiederaufbau ist da. In den zerstörten Gassen der Altstadt von Aleppo arbeiten die Schmiede und Tischlereien wieder, und einige Geschäfte bereiten sich auf den Empfang von Touristen vor. Die Männer, die 2012 vor dem Militärdienst geflohen sind, kehren mit ihren EU-Pässen zurück, um ihre Rückkehr ins Land vorzubereiten. Lastwagen, beladen mit dem gesamten Hab und Gut der Familien, überqueren langsam die Grenze vom Libanon nach Syrien – Flüchtlinge, die nach Hause zurückkehren.

Die von Amalia van Gent (und Anderen) geäusserten Bedenken hinsichtlich der Verfassung und der Gefahr des Autoritarismus sind durchaus berechtigt. Die Spannungen zwischen den Gemeinschaften sind nicht verschwunden, auch wenn sie mit Bedacht gehandhabt werden. So hat die kurdische Enklave Shaikh Massoud in der Nähe der christlichen Friedhöfe in Aleppo nach wie vor eigene Kontrollpunkte, an denen neben der syrischen Flagge auch die kurdische Flagge weht. In einem im April unterzeichneten Abkommen zwischen der syrischen Regierung und den kurdischen Kräften soll diese Enklave jedoch schrittweise wieder unter die Kontrolle der Regierung gebracht werden, wobei sie eine gewisse Autonomie behalten soll.

Syrien steht derzeit vor enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen. Aber nach dem Sturz der Assads wurden viele Energien frei – daraus schöpft das Land grosse Kraft. Niemand denkt daran, zu der Situation vor Dezember 2024 zurückzukehren, als Bashar al-Assad chemische Waffen gegen seine eigene Bevölkerung einsetzte und historische Schätze wie die Souks von Aleppo zerstörte. Herausforderungen, ja; Gefahren, wahrscheinlich, auf der Kippe, nein.

Hilary Kilpatrick
zurück aus Syrien am 1. Juni 2025

1. Archipel, Juni 2025

2. Archipel Mai und Juni 2025

3. www.creativememory.org/fr

500 Jahre Bauernkriege

Vor 500 Jahren fand die wohl grösste Massenerhebung in Europa für eine gerechtere Gesellschaftsordnung statt, die als «Bauernkrieg» in den Geschichtsbüchern steht. Die bäuerliche Bevölkerung trug damals die Hauptlast zur Aufrechterhaltung der Feudalgesellschaft. Ist die aktuelle Ausbeutung der Natur und die Bedrängung indigener Gruppen eine globale Fortsetzung der Ereignisse vor 500 Jahren? 2. Teil

Als prototypisches Beispiel für die ursprüngliche Akkumulation, also für den systematischen Raub von Land, gilt die Durchsetzung der Weidwirtschaft in England, beginnend mit dem späten 15. Jahrhundert. Damals gelang es den britischen Gutsbesitzern, Grund und Boden, der vormals zur Selbstversorgung gedient hatte, zu enteignen und für die Schafzucht und somit für die Wollproduktion in der aufstrebenden Textilindustrie zu nutzen. Das Land wurde buchstäblich eingeeht. So wurde der bekannte Spruch «Schafe fressen Menschen» geprägt – die Schafzucht der Grossgrundbesitzer wurde zum Symbol für Verarmung und Hunger eines grossen Teils der bäuerlichen Bevölkerung in England. Ähnliche Einschränkungen für die Bauern und Bäuerinnen fanden zu dieser Zeit auch auf dem europäischen Festland statt.

Florian Hurtig ist Sachbuchautor und Bauer in einer solidarischen Landwirtschaft, also einem Zusammenschluss von Produzent:innen und Konsument:innen im Dorf Alfter bei Bonn. In seinem demnächst erscheinenden Buch über die Bauernkriege geht er ausführlich auf die damaligen Ereignisse und ihre Bedeutung für die heutige Zeit ein: «Mit dem aufkommenden Absolutismus ging's den Bäuerlichen wieder Schritt für Schritt schlechter, d.h. es wurden mehr Steuern erhoben. Das Bestreben der Herrschenden war, alle Bauern und Bäuerinnen in einen gleichen Status zu bringen, und zwar den Status der Leibeigenen, denen es am schlechtesten ging. D.h. es wurden dann mehr Frondienste verlangt, höhere Steuern und eben die Allmenden, die vor allem für

die ärmeren Bauern und Bäuerinnen wichtig waren, die wurden weggenommen. Und das alles hat dazu geführt, dass es die grosse Explosion gab und Menschen massenhaft revoltiert haben.»

Im Frühjahr 1525 hatte dieser «Aufruhr», wie die Zeitgenossen den Aufstand nannten, seinen Höhepunkt erreicht. Einige Monate lang triumphierten die revoltierenden Bauern und Bäuerinnen. Autorität und Herrschaft brachen zusammen, die vertrauten Strukturen des Heiligen Römischen Reiches wurden umgestürzt, die Brüchigkeit der bestehenden sozialen und religiösen Hierarchien trat offen zu Tage. Die Menschen, so schreibt die Historikerin Lyndal Roper in ihrem monumentalen Buch über den Bauernkrieg, begannen sogar, von einer neuen Ordnung zu träumen.

Florian Hurtig stellt dazu fest: «Im April und Anfang Mai 1525 gab's Phasen, in denen ganze Landstriche von Bauernhaufen kontrolliert wurden, die tatsächlich auch eine Art Lokalregierung gegründet hatten. Und dann kam der schwäbische Bund. Das war ein Zusammenschluss von allen Grundherren im Schwäbischen Bereich. Die hatten ein Heer aufgestellt, sind damit losgezogen und haben nach und nach die Bauernhaufen

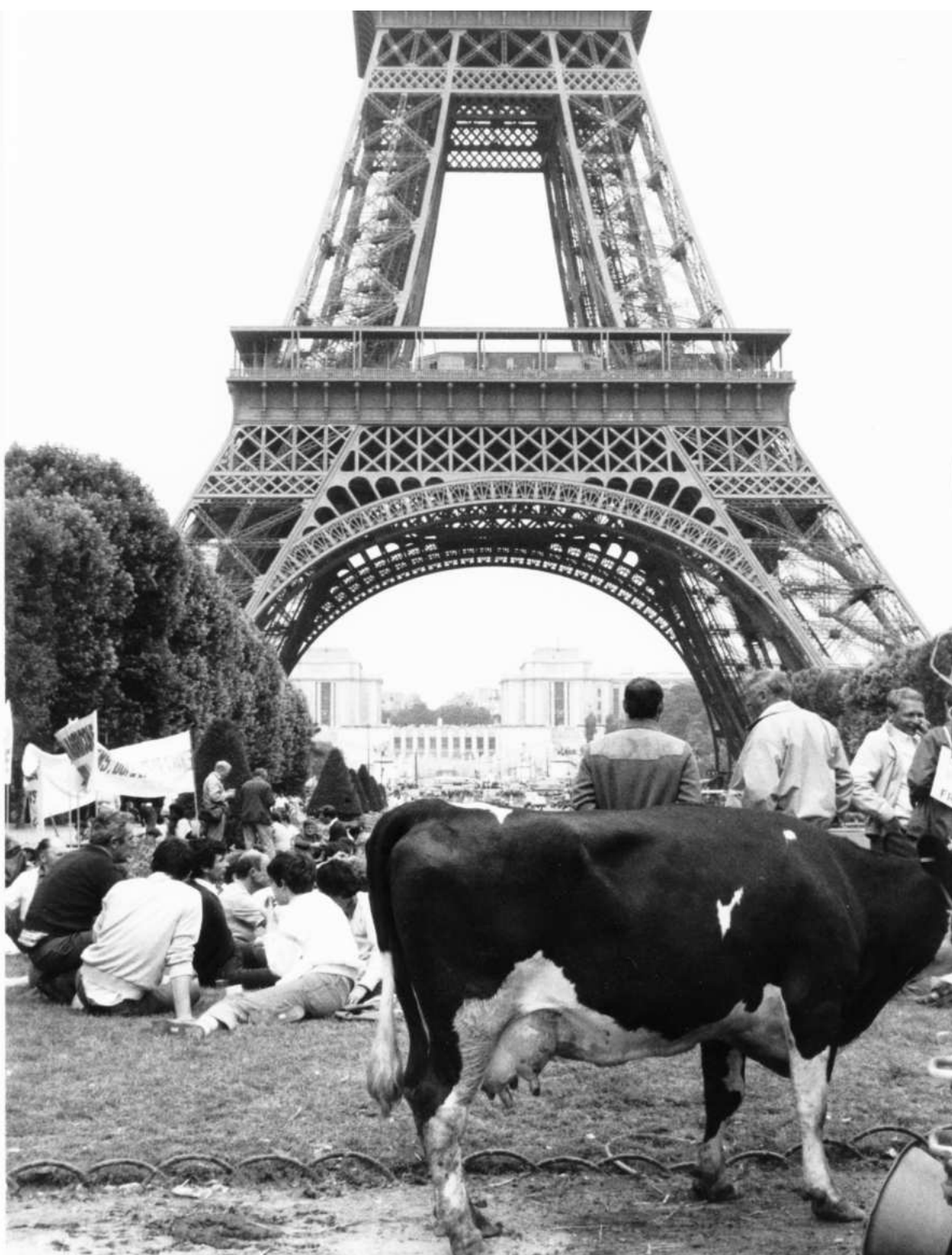


Foto: Archives nationales du monde du travail in Rubaix / Frankreich.

niedergeschlagen. Viele sind in die Schweiz entflohen, und da gab's dann ganze Clubs von ehemaligen Bauernkriegern, wo sich dann die überlebende Elite der Bauernkrieger in der Schweiz versammelt hat und dann nochmal 1526 nach Österreich gezogen ist, um den Aufstand zu entfachen.»

Gottes Schöpfung gehört allen

Der Blutzoll bei der Niederschlagung der Bauernrevolten war gewaltig. Zwischen siebzig- und hunderttausend Menschen wurden von den Truppen der Fürsten niedergemetzelt. In diesem blutigen Sommer starb etwa ein Prozent der Bevölkerung des Kriegsgebiets – ein enormer Verlust an Menschenleben in wenigen Monaten. Thomas Müntzer, der bekannteste Anführer der Bauernheere, wurde am 15. Mai 1525 nach der Schlacht bei Frankenhausen in Thüringen gefangen genommen und in der Festung Heldringen festgehalten und gefoltert. Am 27. Mai 1525 wurde er vor den Toren der Stadt Mühlhausen enthauptet, sein Leib und sein Kopf wurden zur Abschreckung zur Schau gestellt.

Die Vision, welche die Bauern und Bäuerinnen antrieb, handelte von der Beziehung des Menschen zur Schöpfung, und deshalb sei sie auch heute noch von Bedeutung, schreibt die Historikerin Lyndal Roper. Die Menschen waren wütend darüber, dass die Grundherren das Eigentum an den natürlichen Ressourcen, dem Wasser, dem Gemeindeland und den Wäldern für sich beanspruchten, obwohl diese zu Gottes Schöpfung und damit allen Menschen gehörten. Sie waren wütend darüber, dass die Herren ihnen ihre Freiheit gestohlen hatten und beanspruchten, sie zu besitzen. Doch Christus hatte, wie Luther zeigte, uns alle mit seinem kostbaren Blut freigekauft. Auch wenn die Kämpfe gegen Landraub und Unterdrückung heute meist nicht religiös begründet werden, so sind sie in globalem Massstab keineswegs verschwunden, wie die Kultur- und Sozialanthropologin Lisa Francesca Rail betont: «Wie

ist das heute? Ich würde sagen, auch heute stehen Bauern und Bäuerinnen, aber auch andere Menschen, die landwirtschaftlich tätig sind, also Hirten und Hirtinnen, Landarbeiterinnen, Fischer und Fischerinnen etc. auf der ganzen Welt massiv unter Druck, von ihrem Land und ihrer Arbeit leben zu können, also ein angemessenes Einkommen zu erstreiten, ein Auskommen zu erstreiten. Und auch bei heutigen Bauernprotesten und -kämpfen geht es in der Regel um ein Aufbegehren gegen Ausbeutung und Abhängigkeiten, auch wenn die, gegen die man sich wendet, keine Feudaladeligen mehr sind.»

Und heute?

Heute richtet sich der Protest meist gegen mächtige Agrarmultis, Saatgutkonzerne, Düngemittelhersteller und Supermarktketten. Im Globalen Süden, etwa in Ländern Lateinamerikas, Afrikas oder in Indien geht es dabei nicht selten um Leben und Tod. In Europa ist der Überlebenskampf der Bauern und Bäuerinnen zwar weniger lebensbedrohlich, dennoch setzen ihnen Marktstrukturen stark zu. Um ihre Anliegen gemeinsam zu vertreten, haben sich bäuerliche Organisationen in einem weltweiten Bündnis zusammengeschlossen, wie Franziskus Forster, Politikwissenschaftler und Lektor an der Universität für Bodenkultur in Wien, erklärt:

«Und in unserer Bewegung La Via Campesina – die 200 Millionen Mitglieder weltweit und Organisationen auf nahezu allen Kontinenten, in Lateinamerika, in afrikanischen Ländern, in asiatischen Ländern umfasst – da schliessen sich Gruppen zusammen, um gemeinsam für Ernährungssouveränität einzutreten. Das ist das Recht von Menschen, die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird, wie produziert wird, wie konsumiert wird, wie Lebensmittel verteilt werden, selbst zu bestimmen und dabei die Fragen des Zugangs zu Land, des kleinbäuerlichen Zugangs zu Saatgut, zu Wasser und

vielen anderen elementaren Ressourcen ins Zentrum zu stellen.» Die bei Weitem wichtigste kapitalismuskritische Bewegung kommt heute bemerkenswerterweise nicht aus der Arbeiterinnenschaft, sondern von Bauern und Bäuerinnen. Die «Via Campesina» – auf deutsch «der bäuerliche Weg» – wurde im Jahr 1992 gegründet und vereint Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen, Landarbeiterinnen, Fischerinnen, Landlose und Indigene aus über 80 Ländern. Ihre Anliegen haben grosse Dringlichkeit – denn die bäuerliche Welt droht zu verschwinden, und mit ihr die Biodiversität und die regionale Versorgung, wie Lisa Francesca Rail betont: «Ganz konkret geschieht Ausbeutung von Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, heute durch ungleiche Marktmacht gegenüber den vor- und nachgelagerten Industrien, d.h. gegenüber Maschinenherstellern, gegenüber Saatgutvertreibern, gegenüber verarbeitenden Betrieben wie Molkereien oder Mühlen, oder gegenüber den Supermärkten. Um das plastisch zu machen: Wenn es einfach nur eine Molkerei in der Umgebung, in der Region gibt, die grössere Mengen an Rohmilch abholt,

dann kann diese Molkerei diesen Höfen Standards, Abholfrequenz und auch teilweise den Preis angeben, weil die Betriebe, gerade die, die grosse Mengen an Milch haben, davon abhängig sind, dass dieses verderbliche Produkt abgeholt und ihnen abgekauft wird.»

Bei den heutigen bäuerlichen Widerstandsbewegungen geht es nicht um eine Verklärung und Romantisierung des Landlebens vergangener Zeiten. Das Leben im Dorf war auch hierzulande in vielerlei Hinsicht alles andere als idyllisch. Bis in die Nachkriegsjahrzehnte herrschten verkrustete patriarchale Strukturen vor. Doch angesichts der anhaltenden Abwanderung in die Städte scheint es heute wichtiger denn je, die Arbeit in der Landwirtschaft auch für junge Menschen attraktiv zu machen und aufzuwerten – das könne nur gelingen, wenn die Marktmacht der Supermarktketten zurückgedrängt werde, meint Lisa Francesca Rail und fährt fort: «Und ähnliches gilt, wenn wie in Österreich wenige Grosshandelsketten den Lebensmitteleinzelhandel massiv dominieren. In Österreich teilen sich drei Konzerne über 80 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels auf, die haben auch massive Marktmacht gegenüber den Produzent:innen.»

Diesem Befund schliesst sich auch der Landwirt Florian Hurtig aus Nordrhein-Westfalen an: «Und das Problem ist natürlich, dass man für die landwirtschaftlichen Produkte heute nicht die Preise bekommt, die man benötigt, und man deshalb auf Masse gehen muss. Und eigentlich nur mehr von den Subventionen leben kann und das eben Flächenförderungen sind. D.h. wer viel Fläche hat, kann davon überleben und Kleine nicht. Und das würde ich als das Hauptproblem der heutigen Zeit ansehen, dass im Prinzip die grossen Supermarktketten den ganzen Lebensmittelbereich in der Hand halten.»

Das Preisdumping wirkt sich nicht nur auf die Produzenten negativ aus, sondern – als letztes und oftmals schwächstes Glied in der Produktionskette – auch auf die Landarbeiterinnen, wie in Südspanien etwa, wo in der Region Almería hunderttausende entrechteter Arbeitsmigrant:innen unter Plastikplanen schuften, damit die Supermärkte auch im Winter Gurken, Paprika und Tomaten anbieten können.

Thomas Müntzer und die Bauern, mit denen er paktierte, wollten auf Luthers Reformation der Kirche eine Revolution der sozialen Beziehungen folgen lassen, «Christen, Juden, Moslems und Heiden» zählte der universalistische Müntzer zu den Anwärtern auf Gottes Heil. Die damaligen Ereignisse scheinen in weite Ferne gerückt. Doch noch immer stammen 70 Prozent der globalen Nahrungsmittelproduktion von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. An ihr Überleben sind drängende Probleme unserer Zeit geknüpft: der Schutz von Klima und Biodiversität, der Erhalt von landwirtschaftlichem Boden als wichtigen Kohlenstoffspeicher und dem Abbremsen der Verstädterung. Nicht zuletzt geht es um unser tägliches Brot.

Alexander Behr

Dieser Artikel ist der 2. Teil der Transkription einer Radiosendung von Alexander Behr (EBF-Österreich) mit dem Titel «500 Jahre Bauernkriege – Widerstand gegen Landraub und Ausbeutung» der Reihe «Dimensionen». Die Sendung wurde am 15.04.2025 im Österreichischen Rundfunk auf Ö1 ausgestrahlt.

“ECOLOGIA
SEM LUTA DE CLASSES
É JARDINAGEM.”



«Umweltschutz ohne Klassenkampf ist nur Gartenarbeit.»
Chico Mendes

Unter der Herrschaft der Nekropolitik*

Seit der Verhaftung des Bürgermeister von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, am 19. März dieses Jahres, demonstrieren in der Türkei zigtausende Menschen, vor allem Student:innen gegen die Regierung. Viele von ihnen wurden festgenommen und verhaftet. Ash Odman ist Professorin an der Mimar-Sinan-Universität in Istanbul für Stadtplanung und Regionalentwicklung. Sie beleuchtet Gründe dieses Protests. Als Aktivistin ist Ash in ökologischen Fragen und gegen die katastrophale Situation an vielen Arbeitsplätzen am «Zentrum für Arbeitssicherheit» engagiert. 1. Teil

Ich unterrichte als Sozialwissenschaftlerin in Istanbul und habe da, wie durch ein Wunder, mehrere «Säuberungs-» also Entlassungswellen durch die Regierung überlebt. Aber ich arbeite viel mehr innerhalb der Zivilgesellschaft als an der Universität. Seit 2007 arbeiten wir über Todesfälle sowie Sicherheit am Arbeitsplatz und berichten über Arbeiter:innen, Kinder, Frauen und Geflüchtete, wobei wir uns auf einige Sektoren konzentrieren. Wir versuchen, aufzudecken, was hier vorgeht. Der Zusammenhang zwischen dieser Art von Wirtschaftswachstum, dieser Art von kurzfristigem Kapitalismus und den Todesfällen am Arbeitsplatz. Und natürlich sind diese auch mit verschiedenen Arten von Ökozid verbunden; die Spuren lassen sich sowohl am menschlichen Körper als auch im Ökosystem nachweisen.

Wir machen diese Arbeit auf einer Plattform namens ISIG Meclisi (www.isigmeclisi.org), zusammen mit Arbeiter:innen, Ärzt:innen des öffentlichen Gesundheitswesens, Anwält:innen, Investigationsjournalist:innen und Ingenieur:innen. Unabhängig von diesen Berufen gibt es auch andere Menschen, die sich hier engagieren. Unser Engagement ist klassenübergreifend, interdisziplinär und unabhängig.

Und natürlich betrifft unsere Arbeit auch ökologische Kämpfe. Indem wir diese Art des Todes, den langsamen Tod und den sofortigen Tod dokumentieren, versuchen wir, ein Thinktank für die Kämpfe in der Türkei zu sein. Ich habe in letzter Zeit zum Thema Wärmekraftwerke gearbeitet, Wärmekraftwerke, die kalorienarme Kohle verwenden, die die Umwelt stark verschmutzt.

Seit einiger Zeit arbeiten wir intensiv an der Problematik der Schiffsabwrackung in der Türkei. Mit der neuen Regelung in der Europäischen Union müssen alle Schiffe unter europäischer Flagge aus europäischen Ländern in Werften abgewrackt werden, die über ein europäisches Zertifikat verfügen. Die Türkei hat die nächstgelegenen Werften mit diesen Zertifikaten. Wir versuchen etwas dagegen zu unternehmen, dass hier in der Türkei Schiffe unter weniger ökologischen Bedingungen als in der EU abgewrackt werden, weil das oft das Leben der Arbeiter:innen kostet und natürlich der Umwelt schadet. Natürlich gibt es hier auch das Problem der Kinderarbeit, also arbeiten wir auch für Kinderrechte. Und es sind vor allem Geflüchtete, die in den schmut-

zigsten, riskantesten Sektoren und bei der illegalen Arbeit getötet werden. Auf dem Weg der Aufklärung dieser Katastrophen erreichen wir auch viele Freundinnen und Freunde, die im Bereich der Migrationsarbeit, also in der Arbeitswelt, aktiv sind.

Am Rande der Metropolen

Die Femizide häufen sich und treffen viele abgewanderte Frauen aus den Dörfern, wo die Landwirtschaft unter den neoliberalen Bedingungen keinen Unterhalt mehr bietet. Die meisten Frauen, die auf dem Land oder im Dorf eine gewisse Stellung oder einen Status hatten, wurden zu isolierten Hausfrauen an den Rändern der Metropolen. Gleichzeitig belastet die tiefe ökonomische Krise die Haushalte und führt zu einer Zunahme der häuslichen Gewalt. Es gibt eine Nahrungsmittel- und Agrarkrise. Die Arbeitswelt wird plötzlich von Arbeitsmangel heimgesucht. Es kommt zu Arbeitsplatzverlusten im Agrarsektor, die gerade Frauen betreffen. Wir versuchen also, alles abzudecken, was die Arbeitswelt betrifft.

In der Türkei kam es jahrelang zu Bevölkerungsbewegungen. Menschen, die aus den kurdischen Gebieten kamen, als es dort viel Gewalt und grosse Probleme gab. Ja, Vertreibung, aber auch Enteignung. Wenn man an die durch den Staat verursachte Zwangsmigration der Kurd:innen in den 1990er Jahren denkt, an die niedergebrannten Dörfer, Felder und Wälder, dann war es in Wirklichkeit ein ethnischer Gewaltakt. Diese Menschen leben heute in Stadtvierteln, den «Gecekondular»¹ – ich weiss nicht, ob wir sie als Elendsviertel bezeichnen können – es sind von Menschen auf illegale Weise errichtete Viertel aus recht prekären Konstruktionen. Das ist ein Beispiel, aber ich kann mir vorstellen, dass es so weitergeht, denn es gibt auch noch die über drei Millionen syrischen Geflüchteten, die, wie ich mir vorstelle, ziemlich ausgebeutet werden.

Das Ende der Landwirtschaft

Seit dem Jahr 2000 ist es die Macht des Marktes, welche Migration und das Sterben der Landwirtschaft hervorruft, durch das Preispiel, durch die Transformation mit Megaprojekten, der Infrastruktur von Hauptstrassen, Autobahnen, Staudämmen. Es gibt keine staatliche Unterstützung mehr für Landwirtschaftsbetriebe. Aber es gibt Gesetze, die

einheimisches Saatgut verboten haben – jetzt muss es von Unternehmen gekauft werden. Es gibt die Monetarisierung aller Lebenshaltungskosten in der Landwirtschaft. Ausserdem wurde ab 2010 ein sehr grosser Teil der Dörfer zu Stadtbezirken erklärt; sie wurden also offiziell für die Urbanisierung freigegeben. Das hat zum Verfall der Landwirtschaft wesentlich beigetragen. Es sind die beiden Dinge, die der Staat verursacht hat: Migration und das Ende der Landwirtschaft. Im Gegensatz zu früher gibt es mittlerweile im Land 70 Prozent städtische und nur noch 30 Prozent landwirtschaftliche Flächen. Auch die Eigentumsverhältnisse haben sich geändert. Es findet eine Zentralisierung der Landflächen statt. Es gibt Unternehmen aus dem Bergbau oder der Baubranche, die brachliegendes Land aufkaufen und Industriezonen einführen. Gleichzeitig gibt es eine ganze Reihe brachliegender Grundstücke, die für die Bebauung freigegeben wurden.

Es ist also ein massiver Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen zu verzeichnen. Die Migration durch den «freien» Markt und die Verschiebung der Grenzen zwischen Dörfern und Stadtbezirken bedeutet für eine Stadt wie Istanbul, in der bereits 17 bis 20 Millionen Menschen leben, weitere Urbanisierung. Zudem wurde ein neuer Gemeindetyp eingeführt: die Metropolgemeinde. Sobald eine Provinz zur Metropolgemeinde erklärt wird – Istanbul ist die älteste Metropolgemeinde – gibt es offiziell in dieser Provinz keine Dörfer mehr. Alle Dörfer werden zu Gemeindebezirken. Der erste Schritt besteht dann darin, sie für die Bodenspekulation und Bauwirtschaft zu öffnen. Inzwischen existieren in der Türkei 30 Metropolgemeinden in den 81 Provinzen. Bei dieser Tendenz können wir das gesamte landwirtschaftliche Gewerbe vergessen. Die als landwirtschaftlich deklarierten Flächen drohen fast völlig zu verschwinden. Um dies zu verhindern, kaufen kleinere Gemeinden oder Stadtteile sehr schnell die landwirtschaftlichen Flächen auf, bevor ihre Funktion geändert wird.

Für die Landwirtschaft ist, ausser in ihrer industriellen Form, kein Platz in dieser Art wirtschaftlichen Wachstums. Dieser Prozess erstreckt sich über das ganze Land! Er betrifft sehr unterschiedliche landwirtschaftliche Gebiete, auch solche mit einer immernoch sehr grossen Artenvielfalt. Die Metropolgemeinden sind heute überall: in der Mitte Anatoliens, an der Küste, in den Bergen, in den Grenzprovinzen. Metropolgemeinden, die den Bauunternehmen, aber auch den Bergbauunternehmen alle Möglichkeiten eröffnen. Die langfristigen Konsequenzen machen mir grosse Sorgen. Es handelt sich um eine Form des Kapitalismus, bei der dem Profitstreben fast keine Schranken gesetzt sind. Diese Art der Kapitalakkumulation kommt dem Plündern nahe. Die Unternehmen tauchen auf, machen den grösstmöglichen Profit und ziehen sich dann zurück.

Systematischer Ökozid

Das ist der neue Extraktivismus. Ich werde hier einige Zahlen nennen. (Seitdem ich sie genauer betrachtet habe, kann ich nicht mehr richtig schlafen). Die Studie umfasst 31 von insgesamt 81 Provinzen.

31 Provinzen mit der höchsten Artenvielfalt, sowie Ordu, Artvin, die Region um das Ida-Gebirge, an den Dardanellen, Muğla und andere. Eine ökologische Nichtregierungsorganisation hat die Fläche berechnet, die in Form verschiedener Lizenzen an Bergbauunternehmen vergeben wurde. Diese Fläche macht zwischen 60 und 80 Prozent der Gesamtfläche all dieser Provinzen aus. Können Sie sich vorstellen, dass 80 Prozent der artenreichsten Provinzen an Bergbauunternehmen für den Abbau von Gold, Chrom, Kupfer, Blei... vergeben werden? Das ist ein systematischer Ökozid. Bergbau, Bauwesen und Abfallhandel sind die Antworten des autokratischen Regimes, um weiterhin schnell Kapital anzuhäufen und den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Haushalt entgegenzuwirken. Schnell, schnell. Mit atemberaubender Geschwindigkeit werden alle Hindernisse für die ökologisch zerstörerische Anhäufung von Reichtum durch dieses Regime beseitigt. Das ist es auch, was die dort Arbeitenden massenhaft umbringt. Neben Todesfällen am Arbeitsplatz sterben täglich bis zu 20 Menschen aufgrund von Berufskrankheiten. Es sind so viele wie in einem Krieg. In der Arbeitswelt herrscht Krieg. Wir befinden uns jetzt im Krieg, ohne ihn zu deklarieren. Um uns herum gibt es Kriege, echte Kriege, aber in diesem Krieg geht es um die tägliche Arbeit. Es ist ein anderer Krieg.

Kinderarbeit

Es gibt Millionen von Kinderarbeiter:innen in der Türkei. Der Staat spricht von einer Million, Soziolog:innen vor Ort gehen von etwa zwei bis drei Millionen aus. Laut unserem Zentrum für Arbeitssicherheit ist für uns jeder Mensch unter 18 Jahren, der arbeitet, ein-e Kinderarbeiter:in. In unseren Berichten

über Kinderarbeit müssen wir auch Dutzende von Todesfällen von kleinen Kindern im Alter zwischen 4 und 14 Jahren dokumentieren, die im klassischen Sinne als «illegale Kinderarbeiter» gelten. Die Türkei ist ein Land, das eine der grössten Ökonomien aufweist. Sie ist Mitglied in der G-20. Und wir mussten den Tod von Kinderarbeiter:innen im Alter von 4 bis 14 Jahren dokumentieren! So ein Widerspruch! Es geht um solche, die mit ihrer Mutter als Landarbeiter:innen arbeiteten. Es geht um diese Art illegaler Arbeit.

Nur ein Beispiel: Ein Kind hilft seiner Mutter. Und auf dem Weg zu den Feldern sterben beide zusammen beim Transport, der unter unmenschlichen Bedingungen stattfindet. Andere werden durch Pestizid vergiftet oder tot aus Bewässerungsanlagen gefischt. Sie trinken giftiges Wasser oder werden durch einen Stromschlag getötet. Einerseits gibt es die Kinder, die mit ihren Müttern in der Landwirtschaft arbeiten. Aber es gibt aber auch diejenigen, die eine Berufsoberschule besuchen. Es existiert ein System; es nennt sich das reformierte «Berufsoberschulen-System»: vier Tage arbeiten und ein Tag in der Schule ab dem 14. Lebensjahr. Diese Jugendlichen bekommen ein Drittel des Mindestlohns, mit dem Argument, dass sie erst angelernt werden. Unter diesem Deckmantel werden die Jugendlichen z.B. in der Industrie und in Hotels ausgebeutet. Auch während der Schulferien müssen diese Jugendlichen weiterarbeiten. Wir haben 12 Todesfälle unter diesen arbeitenden Kindern dokumentiert. Sie sind unter diesem vom Staat organisierten System bei Arbeitsunfällen umgekommen. Der Staat selbst unterstützt somit die lebensbedrohende Kinderarbeit.

Weil sie die billigsten Arbeitskräfte sind, erhalten sie gerade einmal 6.600 Lira pro

Monat, also nicht einmal 200 Euro, und arbeiten natürlich unter sehr grossem Druck und mit weniger Erfahrung als Erwachsene. 12 Kinder, die auf diese Weise gestorben sind und nicht wussten, wie sie sich hätten schützen können. Sie hatten eine offizielle Lehrstelle und «lernten» angeblich einen Beruf. Es geht in diesem Land im Moment nur noch darum, das nackte Leben zu verteidigen. Das Leben unserer Kinder!

Bis jetzt haben wir über nekropolitischen Wachstum, den langsamen und den sofortigen Tod der billigen migrierten Arbeitskräfte und über die neuen Wellen des Extraktivismus gesprochen. Über Kinderarbeit und die Art der Landwirtschaft, die es heute gibt. Es gibt aber auch den langfristigen Tod in den Provinzen, die sich für die Minen, insbesondere Goldminen, geöffnet haben, die mit den gefährlichsten Methoden und den gefährlichsten Materialien arbeiten. Dort war früher Biodiversität. Wenn sich das Regime morgen ändern und ein ideales soziales System eingeführt würde, werden wir 50 oder 100 Jahre dafür brauchen, diese extremen Zerstörungen halbwegs rückgängig zu machen.

Aslı Odman, Istanbul

Das Gespräch führte Nicholas Bell am 14. März 2025 für Radio Zinzine und Archipel

*Nekropolitik ist eine Wortschöpfung des Postkolonialismus-Theoretikers, Politologen und Historikers Achille Mbembe Kamerun. Das Konzept umfasst das Recht, den sozialen oder zivilen Tod zu verhängen, das Recht, andere zu versklaven, sowie verschiedene antike und zeitgenössische Formen politischer Gewalt.

1. Gecekondular (Mehrzahl: Gecekondular) ist die türkische Bezeichnung für eine informelle Siedlung, also ein ungeplantes Viertel mit primitiven Unterkünften am Rande einer Grossstadt, jedoch nicht für einen Slum. Übersetzt bedeutet es so viel wie «über Nacht hingestellt» (türkisch gece: Nacht). Sie sind nur mehr ein Relikt der Periode zwischen 1950 und 1980/85. Das Kapital hat sich urbanisiert und durch die Zunahme der Grundstückpreise ist diese Methode der Aneignung des Landes durch migrierende Bevölkerungsgruppen seit den 1990ern nicht mehr möglich.



Haselnüsse aus Kinderhand. Foto: stopchildlabour.org